

Klaus-Peter Puls:

Besoldungskürzungen nur sozial verträglich

Zu den heutigen Aktionen der Gewerkschaft der Polizei und zu der Pressemitteilung der CDU erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus-Peter Puls:

Die zu erwartenden Steuerausfälle führen zu einer dramatischen Situation im Landeshaushalt. Deshalb muss auch der Personalbereich, der den größten Anteil der Ausgaben im Haushalt des Landes ausmacht, zur Entlastung beitragen. Die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützen, für die Sonderzuwendungen der Beamten eine gemeinsame Regelung möglichst im norddeutschen Verbund zu finden.

Die Fraktion hat beschlossen, dass entsprechende Maßnahmen nur mit einer deutlichen sozialen Differenzierung umgesetzt werden dürfen. Das gilt insbesondere für den Polizei- und Justizbereich.

Die auch von der CDU unterstützte Forderung des Beamtenbundes, das Weihnachtsgeld in das Jahreseinkommen einzurechnen und auf zwölf Monate zu verteilen, bedeutet, dass das Grundgehalt steigen würde. Dies hätte u. a. höhere Ausgaben bei Tarifsteigerungen und höhere Pensionsansprüche zur Folge. Herr Schlie möge bitte sagen, wie er das künftig finanzieren will.